

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

33 (6.8.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittig. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.65 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 6. August 1949

Nr. 33

Um die nationalen Unterschiede abzuschaffen

Die „Times“ zur bevorstehenden Tagung des Europa-Rates

London. In einem Leitartikel befaßt sich die „Times“ mit der bevorstehenden Tagung des Europa-Rates in Straßburg, wobei das Blatt schreibt:

„Die erste Tagung des Europäischen Rates in Straßburg ist ein politisches Experiment. Delegierte aus 10 europäischen Ländern werden so handeln, als ob sie am ersten europäischen Parlament teilnehmen. Im Augenblick werden sie keine ausführende Gewalt, noch eine wahre Verantwortung haben.“

Die beratende Versammlung und nicht der Ministerrat wird die meiste Aufmerksamkeit auf sich wenden. Die beratende Versammlung mag sehr wohl die Grundlage für eine wahre europäische Einheit bilden. Wenn aber die Arbeit der beratenden Versammlung irgend eine Wirkung haben soll, dann müssen die Geschäfte wie in einem Parlament und nicht wie auf einer Konferenz geführt werden.

Die Delegierten werden zusammenkommen, nicht um die nationalen Unterschiede zu betonen, sondern um sie abzuschaffen.

Sie werden daher nicht als Franzosen, Italiener oder Engländer in Erscheinung treten, sondern vielmehr als europäische Konservative, Liberale oder Sozialisten.“

Abschließend schreibt das Blatt: „Viel würde gewonnen werden, wenn die beratende Versammlung dem Beispiel des britischen Parlamentes folgte und einen sogenannten Speaker (Sprecher) mit umfangreichen Machtbefugnissen wählen würde. Die Delegierten sollten von ihren Plätzen und nicht von einer Tribüne aus sprechen. Die Debatte sollte sich so weit wie möglich auf praktische Fragen beschränken. Alles übrige muß der Tüchtigkeit und der Erfahrung solcher großer Parlamentarier wie Churchill, Spaak und Blum vorbehalten bleiben, die ein großes Wissen über demokratische Methoden mit einer aufrichtigen Hingabe für die Idee der Einheit Europas verbinden.“

In einem Aufsatz des Unterhausabgeordneten McPerson im „Daily Telegraph“ heißt es zum gleichen Thema: „Der Europa-Rat ist die praktische Verwirklichung der Ziele aller der Staatsmänner, die im Laufe der Jahrhunderte versucht haben, Europa zusammenzuschließen. Der Europäische Rat ist die erste Verwirklichung dieses Zieles, das durch Übereinstimmung und nicht durch Eroberungen erreicht werden soll.“

Britische Warnung an die westdeutschen Politiker

London (R). Großbritannien warnte die westdeutschen Politiker, in ihren Wahlreden durch entstellende Kritik an den Besatzungsmächten den Wiedereintritt Deutschlands in die Völkergemeinschaft zu gefährden. Der Sprecher, der zur Aufgabe seiner Erklärung von der britischen Regierung ausdrücklich ermächtigt worden war, wandte sich vor allem gegen die angebliche Behauptung des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher, daß Großbritannien den Krieg gegen Deutschland als Handelskrieg aus Profitgründen geführt habe.

Dr. Schumacher nahm zu diesen britischen Vorwürfen Stellung. Er betonte, er habe niemals eine solche Erklärung abgegeben, sondern lediglich gesagt: „Wir stehen heute vor der Frage, ob Großbritannien oder einige Handelsfirmen den Krieg gewonnen haben.“

US-Stabschefs am Sonntag in Wien

Französische Forderungen für die Verteidigung Europas

(G.L.) Paris. Im Beisein von Minister Paul Ramadier fand im Pariser Verteidigungsministerium die erste Zusammenkunft der amerikanischen Generalstabschefs mit dem Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte statt.

Am Samstag sind in Paris Besprechungen zwischen Feldmarschall Montgomery und Vertretern von sieben westeuropäischen Staaten vorgesehen. Mehrere tausend Polizeibeamte stehen in der Umgebung der amerikanischen Botschaft bereit, um etwaige Kundgebungen von Kommunisten zu verhindern.

Hilfsprogramm korrigiert

Washington (R). Präsident Trumans militärisches Hilfsprogramm wird durch hohe Regierungsbeamte eine neue Fassung erhalten, um den kritischen Einwänden des Kongresses zu begegnen. Wie der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Senator Connally, erklärte, soll die Neufassung zwei wesentliche Änderungen enthalten:

1. würden die Mächte des Nordatlantischen Vertrages und die übrigen befreundeten Nationen, die militärische Hilfe erhalten dürfen, im einzelnen aufgezählt

Am Sonntag werden die amerikanischen Stabschefs in Wien erwartet.

Berichterstatte aus Paris melden, in den Besprechungen hätten die führenden französischen Persönlichkeiten wahrscheinlich auf zwei Punkte besonderen Nachdruck gelegt: 1. sei man in Paris der Ansicht, die Hauptverteidigung Westeuropas solle sich so weit wie möglich nach dem Osten erstrecken. Das Ruhrarsenal solle in dieses Verteidigungsgebiet eingeschlossen werden, da es für jeden Feind, der es eroberte, einen gewaltigen Machtzuwachs darstellen würde. 2. seien die Franzosen für die Schaffung eines kleinen inneren Verteidigungsrates für die Staaten des Nordatlantischen Vertrages, der sich auf diejenigen Staaten beschränken soll, die die größte Verantwortung für die gemeinsame Verteidigung tragen. Dieser innere Rat würde ermächtigt sein, endgültige politische, diplomatische und militärische Entscheidungen zu treffen.

Tito gegen Kominform

Belgrad. Marshall Tito hat die jugoslawische Armee aufgefordert, sich zur Verteidigung Jugoslawiens gegen jeden Angreifer bereit zu halten.

Tito sprach vor Offizieren der jugoslawischen Garnisonen in Mazedonien. „Wir bedrohen niemanden“, sagte Tito, „aber in gewissen Ländern gibt es Politiker, die ihre ehrgeizigen Pläne gegen Jugoslawien und seine Reichtümer noch nicht aufgegeben haben.“

Tito fuhr fort, die Führer der Kominform wollten Jugoslawien vernichten.

Aber Jugoslawien sei nicht einen Schritt von den kommunistischen Grundsätzen abgewichen und würde die Grundsätze des Marxismus und des Leninismus selbst gegen die Schöpfer dieser Grundsätze verteidigen. Tito bestritt erneut, daß Jugoslawien einen Vertrag mit der griechischen Regierung abgeschlossen habe.

Zu den Gerüchten aus Ost- und Westeuropa über militärische Vorbereitungen der Sowjet-Union gegen Jugoslawien erklärte Tito, Jugoslawien lasse sich nicht durch Drohungen einschüchtern. Auch würde niemand die törichte und haltlosen Behauptungen glauben, daß Jugoslawien zum Kapitalismus zurückkehren wolle. Jugoslawien würde nach wie vor im sozialistischen Lager bleiben.

„Organisation“ gegen den Kommunismus

Behauptungen der Prager Zeitung „Rude Pravo“

Prag. Das Blatt der tschechoslowakischen Kommunisten, „Rude Pravo“, wirft dem Kardinal-Erzbischof Spellman von New York vor, zusammen mit dem Bruder des Senators John Foster Dulles eine geheime „Organisation X“ zu leiten, die einen weltweiten Kreuzzug gegen den Kommunismus führe. Allen Dulles sei das Haupt dieser Organisation und Kardinal Spellman einer seiner Stabschefs. Das Blatt behauptet weiter, diese Organisation arbeite eng mit dem Spionagedienst des Vatikans zusammen, der von dem Jesuiten-General Jensen geleitet werde.

Nach Aussage des Blattes habe die Organisation unbeschränkte Dollarmittel zur Verfügung und benütze diese nach eigenem Ermessen. Ihr Ziel sei überall, „Spionage, Sabotage und Unruhen in den Ländern zu organisieren, die den Kommunismus ablehnen“.

Das Blatt beschäftigt sich dann ausführlich mit der Tätigkeit des vaticanischen Nuntius in Prag, Msgr. Verolino, der im Sommer 1946 in die Tschechoslowakei geschickt worden sei, um den Zweijahresplan zu sabotieren. Im März 1949 habe Verolino einen reaktionären Putsch mit Hilfe der „Fünften Kolonne“ des Vatikans auftragsgemäß organisiert. Dabei sollten im Verlauf von Zusammenstößen in der ganzen Republik katholische Märtyrer geschaffen werden. Das Blatt behauptet weiter, zu diesem Zeitpunkt habe sich Erzbischof Joseph Beran selbst in seinem Palast eingeschlossen und sich geweigert, ihn zu verlassen. Wo-

werden. Aus Grund der ersten Fassung könnte Präsident Truman jedem beliebigen Staat Hilfe zuteil werden lassen.

2. wird Präsident Truman nicht mehr ermächtigt sein, einer bestimmten Bevölkerungsgruppe innerhalb eines Staates Hilfe zu senden unter der Begründung, daß diese Gruppe die Hauptmacht im Staate darstelle.

Vertreter der republikanischen Partei erklärten, die neu gefaßte Vorlage würde die Unterstützung beider Parteien finden. Damit sei ihre Annahme durch den Kongreß gesichert.

VOM TAGE

Bundesparlament soll dem Bundeskanzler unterstellt sein. Der Gewerkschaftsrat im Vereinigten Wirtschaftsgebiet hat sich gegen die Einbeziehung des Frankfurter Personalrates in das künftige Innenministerium der Bundesrepublik ausgesprochen. Der Rat ist der Ansicht, das Bundesparlament müßte dem Bundeskanzler unterstellt werden, andernfalls könne eine Parlamentsverwaltung ohne parteipolitische und persönliche Einflüsse nicht garantiert werden.

Günstiger Verlauf der Handelsbesprechungen. Die Handelsbesprechungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien verlaufen nach Berichten aus Moskau günstig. Man rechnet damit, daß im Laufe der nächsten Woche das Handelsabkommen unterzeichnet werden kann.

Für 54 Millionen Dollar ERP-Mittel. Die Bizone erhielt ERP-Mittel in Höhe von 54,9 Millionen Dollar: davon entfallen 23,2 Millio-

nen auf Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte und 23,4 Millionen Dollar auf Industrie-Erzeugnisse. Die französische Besatzungszone Deutschlands erhielt rund 10 Millionen Dollar.

Sonderreferat für Heimkehrerfragen. Bei der Arbeitsverwaltung in Frankfurt ist ein Sonderreferat für die Betreuung von Kriegsgefangenen und Heimkehrern gebildet worden. Aufgabe der Referate ist die Wiedereingliederung der Heimkehrer in das Arbeits- und Wirtschaftsleben. Das neue Amt wird mit dem Roten Kreuz und den karitativen Verbänden zusammenarbeiten.

Sie wollen keine Juwelen mehr tragen. Aga Khan, dem vor wenigen Tagen Juwelen im Werte von 600 000 Dollar abgenommen wurden, hat für die Wiederbeschaffung derselben als Belohnung 20 000 Dollar ausgesetzt. Auch die Londoner Versicherungsfirma Lloyds hat eine Belohnung von 400 000 Dollar ausgesetzt. Aga Khan erklärte, weder er noch seine Gattin werden in Zukunft Juwelen tragen.

Lügen über Tito. Die von Radio Moskau verbreitete Meldung, Marshall Tito sei in Westdeutschland mit amerikanischen Stabschefs zusammengetroffen, wird von der amtlichen jugoslawischen Nachrichten-Agentur Tanjug dementiert. Dieser Besuch sei erfunden worden, so stellt die jugoslawische Nachrichten-Agentur fest, um die übliche Hetzpropaganda gegen Jugoslawien zu verstärken. Attlee wieder hergestellt. Der britische Premierminister Attlee ist von seiner leichten Erkrankung wieder völlig genesen.

Krawall im Wiener Donauhafen. Im Wiener Donauhafen ereignete sich ein schwerer Zusammenstoß zwischen ungarischen Seeleuten und sowjetischen Soldaten, wobei zwei sowjetische Soldaten und ein Ungar getötet wurden.

Quäker tagten in Pyrmont. 180 Delegierte der Quäker aus zwölf verschiedenen Staaten beendeten in Bad Pyrmont eine viertägige Konferenz. Zum ersten Mal seit Kriegsende wurde auf der Konferenz deutsch als einzige Sprache gebraucht.

Er will Bormann gesehen haben. Ein deutscher Maler aus Tirol will den ehemaligen Reichsleiter Martin Bormann erkannt und mit ihm gesprochen haben. Bormann sei als Landarbeiter verkleidet gewesen und habe eine Brille getragen. Italienische Polizisten sind an die Grenze beordert worden, um die Angaben des Malers zu prüfen.

Abflauende Kämpfe in Korea. Die Kämpfe zwischen Truppen Nord- und Südkoreas sind im Abflauen begriffen. Kommunistische Verbände überschritten aus Nord-Korea die Grenze. Beamte der Republik Süd-Korea erklärten, die Linien der beiden KP-Gruppen seien jetzt stabilisiert.

Wieder Waffen für den Nahen Osten? Der amtierende Vermittler für Palästina, Dr. Bunch, forderte den Welticherheitsrat auf, das Waffenlieferungsverbot und andere Beschränkungen der Staaten des Nahen Ostens aufzuheben.

Soforthilfegesetz genehmigt?

Stuttgart. Mit Genehmigung der britischen und nun auch der amerikanischen Behörden wird jetzt in der Bizone das Soforthilfegesetz in Kraft treten. Der amerikanische stellvertretende Militärgouverneur General Hayes erklärte, daß er von seiner Regierung Anweisung erhalten habe, das Gesetz zu genehmigen.

Nach den Bestimmungen des Soforthilfegesetzes sollen Flüchtlinge und Personen, die im Kriege besondere Verluste erlitten haben, oder solche, die besondere Härten ausgiebig sind, z. B. durch Verlust von Sparguthaben infolge der Währungsreform, Entschädigungen erhalten. Die Gelder für die Auszahlung dieser Entschädigungen sollen durch Besteuerung von Grundbesitz und Kapital sowie von Warenvorräten, die vor der Währungsreform angelegt waren, aufgebracht werden.

Die Bestimmungen über die Behandlung von Auslandsvermögen sollen vorläufig nicht in Kraft treten.

Beamte des Zweimächtekontrollamtes erklärten dazu, das Soforthilfegesetz sei durch die amerikanische und die britische Militärregierung noch nicht endgültig genehmigt worden. Sie bestätigten aber, daß die amerikanische Regierung General Hayes ermächtigt habe, das Gesetz anzuerkennen. Der Wirtschaftsrat wird offiziell und schriftlich von der Billigung oder den Abänderungswünschen der Alliierten unterrichtet werden.

Wiedergutmachungsgesetz genehmigt

Stuttgart. Die amerikanische Militärregierung hat das am 28. April cr. vom Süddeutschen Landerrat verabschiedete Wiedergutmachungsgesetz für die amerikanische Zone genehmigt. Das Gesetz war ursprünglich mit der Begründung zurückgestellt worden, daß eine so grundsätzliche Maßnahme nicht in der US-Zone allein in Kraft treten könne.

Generalanwalt Dr. Auerbach erklärt dazu, daß ein großer Alldruck von den Verfolgten des Nazi-Regimes und von allen rechtlich denkenden Menschen genommen sei. Er danke in dieser Stunde der Militärregierung und den Landesregierungen der US-Zone, die das Zustandekommen des Gesetzes ermöglicht hätten.

Berlins Reserven haben zugenommen. Stuttgart. Der letzte Halbmögensbericht der amerik. Militärbehörden in Deutschland gibt bekannt, daß die Reserven an Lebensmitteln und Brennstoff in Berlin in der zweiten Hälfte des Monats Juli weiter zugenommen haben. Während dieser Zeit trafen täglich über 14 000 t Kohle in Berlin ein, die größte tägliche Durchschnittsmenge seit dem Kriegsende.

Ferner sind jetzt 84 % der Baumaterialien und Maschinen für den Bau des Westberliner Kraftwerkes angeliefert worden.

Der Verkehr aus den Westzonen nach Berlin wird in dem Bericht als normal bezeichnet, nachdem die Russen Anfang Juli die Beschränkungen für Lastkraftwagen aufgehoben hatten. Der Binnenschiffahrts-Verkehr nach Berlin ist ebenfalls angestiegen, obwohl die Russen die Ausstellung der notwendigen Durchgangspapiere verzögert haben. Der Bericht meldet ferner eine stärkere Rücklieferung von Eisenbahnwaggons, die bisher von den Russen zurückgehalten worden waren.

Für Samstag erwartet

Soforthilfegesetz vor der Genehmigung (v.W.) Frankfurt. Die amerikanische und die britische Militärregierung werden voraussichtlich am Samstag das Soforthilfegesetz genehmigen. Sachverständige der Militärbehörden arbeiten zur Zeit an verschiedenen Abänderungsvorschlägen. Daurch hat sich die Genehmigung, die bereits Freitag abend erwartet wurde, verzögert.

Flüchtlingsfrage im Vordergrund

Ministerpräsidenten tagten in Wiesbaden (v.W.) Frankfurt. Die 11 westdeutschen Ministerpräsidenten befaßten sich am Freitag auf ihrer Konferenz in Wiesbaden in erster Linie mit der Flüchtlingsfrage. Sie billigten einen Vorschlag des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann, über die Umsiedlung von Flüchtlingen innerhalb der drei Westzonen. Nach diesem Plan sollen aus Schleswig-Holstein 400 000 und aus Niedersachsen 300 000 Flüchtlinge in andere westdeutsche Länder übersiedeln.

Anschließend befaßten sich die Ministerpräsidenten mit der Wahl des ersten Bundestages und den damit zusammenhängenden Problemen. Wie Min.-Präs. Stock vor Pressevertretern erklärte, wird der Bundestag voraussichtlich am 7. September zum ersten Mal zusammentreten. Der Bundespräsident soll von der Bundesversammlung am 9. September gewählt werden. In diesem Gremium werden die Länder entsprechend der Zusammensetzung ihrer Landtage vertreten sein.

Den Länderchefs wurde durch die Militärregierung mitgeteilt, mit der Rückführung der noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen sei bis Ende des laufenden Jahres zu rechnen.

General König verabschiedete sich in Berlin (J.H.) Berlin. Der bisherige französische Militärgouverneur für Deutschland, General Pierre Koenig, verabschiedete sich am Freitag von den Stadtverordneten und dem Magistrat Westberlins. Frau Louise Schröder dankte dem General für die Hilfe der französischen Militärregierung im Kampf Berlins um Freiheit und Menschlichkeit.

Wirtschafts-Nachrichten

Mißbrauch des Namens „Solingen“

Solingen (VWD). Die Verletzungen von Solinger Zeichenrechten im Ausland haben in letzter Zeit einen großen Umfang angenommen. Aus Manila (Philippinen), Italien und Mexiko wird von schweren Mißbräuchen des Namens „Solingen“ auf Schneidwaren berichtet. Die Proteste der Industrie- und Handelskammer Solingen bei der JELA haben bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Verlustabschluß der Reichsbahn

Frankfurt (SWK). Für das infolge der Währungsreform eingelegte Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1948 schließt die Reichsbahn des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit einem Passivsaldo von 22,38 Millionen DM ab. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung kann man die Absurdität feststellen, daß die Ertragsrechnung sogar kleinere Aufwendungen für den Nachholbedarf ermöglichen würde, wenn nicht ganz wesentliche Beträge an die bizonalen Verwaltungen abgeführt werden müßten. Es ist auf die Dauer kaum vertretbar, daß ein so wichtiges Verkehrsunternehmen wie die Reichsbahn mit so großem Kapitalbedarf über die ihr sich schon hohe Beförderungssteuer hinaus an die Länder noch erhebliche Zuwendungen macht.

Gute Getreideernte zu erwarten

(SWK.) Soweit bisher übersehen werden kann, wird die Getreideernte in der Bizone in diesem Jahre an Qualität recht gut werden und dürfte in der Menge auf gleicher Höhe mit dem Vorjahr stehen.

Die Tabakernte 1948 in der Doppelzone (SWK.) Die Rohfabrikerte 1948 erbrachte im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 161 801 Ztr. Die Tabake aus der US-Zone und dem Eichsfeld stellen dabei einen Gesamtwert von 23,047 Millionen DM bei einem Durchschnittspreis von 163,11 DM pro grüner Zentner dar.

Außenhandel der Doppelzone rückläufig

(SWK.) Der Außenhandel der Doppelzone weist zur Zeit eine starke rückläufige Tendenz auf. So ist die Einfuhr von rund 700 Millionen DM im Mai auf rund 650 Millionen DM im Juni zurückgegangen, während sich die Ausfuhr von etwa 330 Millionen DM im Mai auf rund 290 Millionen DM im Juni verringerte.

ACHTUNG: 14. AUGUST!

Alle Deutschen haben das Recht...

Wenn man das 11. Abschnitt und 146. Artikel umfassende Grundgesetz überfliegt, scheint es auf den ersten Blick nichts weiter als eine trockene Sammlung von Paragraphen zu sein. Aber Sie, der Sie heute noch beim Wohnungsamt nicht nur einmal, sondern vier- oder fünfmal anstehen müssen, um sich die Zuzugsgenehmigung oder auch nur die Erlaubnis zum Umzug abzuholen, wissen Sie, daß der Artikel Nr. 11 besagt:

- „(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden und in denen es zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.“
Es wird auch nicht mehr notwendig sein, eine Genehmigung vom Arbeitsamt einzuholen, um seinen Arbeitsplatz zu kündigen oder um jemand einzustellen bzw. zu entlassen, denn der Artikel 12 besagt:
„(1) Alle Deutschen haben das Recht, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“
Es wird schließlich auch nicht mehr möglich sein, deutschen Staatsbürgern nach Inkrafttreten des Grundgesetzes die Staatsangehörigkeit zu entziehen, auch wenn die Deutschen dann immer noch nur eine Kennkarte und keinen Paß haben. Hierüber gibt der Artikel 16 Aufschluß:
„(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Schwierigkeiten der Verteidigung

Auf den ersten Blick scheint die Frage, die den Anlaß zur Europa-Reise der drei USA-Stabschefs gegeben hat, recht einfach lösbar. Waffen für Europa — nichts unkomplizierter als das, wenn man sich nur über eine gewisse Vereinheitlichung der Waffentypen und über die Verrechnung geeinigt hat. Tatsächlich bedeutet aber die Erörterung dieses Problems die Aufrollung eines Fragenkomplexes, der nichts Geringeres als die erstmalige Entwicklung einer gemeinsamen militärischen Planung der westlichen Welt samt der damit verbundenen Einschränkung der nationalen Selbständigkeiten einschließt. Wenn im Europarat die Staaten Westeuropas freiwillig und gewissermaßen auf der Basis ziviler Vernunft dazu kommen wollen, ihre Nationalstaatsrechte zugunsten einer größeren Einheit etwas einzuschränken, dann verweist die Verteidigungsidee des Atlantikpaktes diese Staaten auch auf dem Gebiet der militärischen Rivalitäten, wo die Vernunft meist nicht zuhause zu sein pflegt, auf den gleichen Weg.

Im Atlantik-Pakt haben sich die USA zur Hilfeleistung gegen jede Aggression in Europa verpflichtet. Schon das ist eine dehnbare Vorstellung. Denn, wie den Vereinigten Staaten alsbald von Westeuropa gesagt wurde, kann es noch wenig Beruhigung bieten, wenn Washington beabsichtigt, im Ernstfalle den Feind mit Atombomben zum Frieden zu zwingen. Bis dahin kann der Westen schon längst in der Aggression untergegangen sein.

Also mußte man sich in den USA darüber klar sein, daß die Verpflichtung zur Abwehr jeder Aggression nicht bedeuten konnte, die westeuropäischen Staaten vielleicht später wieder zu befreien, sondern sie bereits unmittelbar zu schützen. Es mußte diesen Völkern die Sicherheit gegeben werden, wie es in der „New York Times“ ausgedrückt wurde, „daß die Grenze entlang dem Rhein oder der Elbe und den Alpen und nicht längs dem britischen Kanal verteidigt wird.“

In erster Linie bedeutet dieses Prinzip eine bessere Ausrüstung der westeuropäischen Bündnispartner mit Waffen, und hier zeigte sich nun eine Unzahl bisher noch keineswegs geklärt Einzelfragen. Die Länder, die die Waffenhilfe erhalten sollen, haben teilweise bereits ihre Wunschlisten nach Washington gesandt. Stimmen diese Wünsche aber mit den Notwendigkeiten eines Gesamtverteidigungsplanes überein? Inwieweit wird außerdem nun die militärische Strategie der USA an die Planung in Westeuropa gebunden sein und ihre Beweglichkeit verlieren müssen? Welche militärische Umstellung auch in den USA be-

dingt demgemäß die Verteidigung Westeuropas? Müssen künftig die Landstreitkräfte der USA und die taktische Luftflotte mit kurzer Reichweite gegenüber den Langstrecken- und Atombomben stärker ausgebaut werden?

Wie sollen sodann Leitung und Durchführung des europäischen Rüstungsprogramms aussehen? Sollen in jedes Land amerikanische Kommissionen geschickt werden? Und soll — da es schon eine militärische Organisation der West-Union gibt — auch eine Art Atlantikpakt-Generalstab ins Leben gerufen werden?

Von diesen Fragen abgesehen: Welche Garantien gibt es, daß die von den USA gelieferten Waffen nicht eines Tages dem Gegner in die Hände fallen, vor allem in Anbetracht der Tatsachen, daß in Frankreich und Italien viele Heeresangehörige Kommunisten sind? Andererseits: Würde die Lieferung der Waffen durch die USA nicht die europäischen Staaten in eine unter Umständen bedenkliche Abhängigkeit vom amerikanischen Nachschub bringen?

Wieviel Offiziere der europäischen Armeen sollen im Zusammenhang mit der Waffenhilfe in den USA ausgebildet werden? Und endlich, welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus der Rüstungshilfe für die Atomwaffen und ihr bis heute von den USA gehehertes Fabrikationsgeheimnis — wenn man einmal von den Fortschritten einer eigenen britischen Atom-Industrie absieht?

Das ist nur eine kleine Liste der Fragen, die im Zusammenhang mit der Rüstungshilfe offen stehen und die gelöst werden müssen, wenn diese Waffenhilfe eine konkrete und wirksame Form annehmen soll. Werden sie gelöst werden? Sicherlich nicht innerhalb kurzer Zeit, das kann man wohl heute schon behaupten, und die „New York Times“ hat recht, wenn sie bei ihrer eigenen Erörterung aller dieser Probleme schreibt: „Es wird unzählige technische und verwaltungsmäßige Probleme und ebenso auch Probleme der allgemeinen Politik zu lösen geben, wenn die europäische Rüstungshilfe beschlossen ist... der schwierigste Teil der Aufgabe wird dann erst beginnen.“

An gelegentlichen Meldungen aus den Hauptstädten der Welt wird man ablesen können, wieweit es den Militärs und Politikern des Westens gelingt, diesen „schwierigsten Teil“ zu lösen, und es wird nicht zuletzt ein deutsches Interesse sein, diese Meldungen aufmerksam zu verfolgen. Denn wenn wir auch militärisch nur Objekt sind, so kann uns doch niemand verbieten, geistig kommende Möglichkeiten zu bedenken.

Krise am Arbeitsmarkt

Wer nicht alles durch die schwarze Brille sieht, wird sich manche Sorge ersparen. Gefährlich aber ist es, Zweck-Optimismus zu treiben, d.h. den Versuch zu machen, eine offensichtlich heraufziehende Krise dadurch zu bannen, daß man ihr Vorhandensein verneint.

Von den Milliarden DM, die bei der Währungsreform ausgegeben wurden, gelangte durch den Verkauf gehorteter Waren zu hohen Preisen mehr als die Hälfte in den Besitz einer dünnen Schicht, die sich beeilte, den leicht erworbenen Reichtum in Geschäftshäuser, Eigenheime und Wertpapiere zu verwandeln.

Die wirtschaftliche Scheinblüte ist zu Ende. Geld ist knapp geworden. Jetzt wird nur noch soviel gekauft, wie mit den schmalen Einkommen erworben werden kann. Daher die Stocung des Absatzes, die zur Zurückziehung von Aufträgen bei der Industrie, zur Einschränkung der Erzeugung und zu Entlassungen führt.

Offiziell wird jetzt bekannt gegeben, daß im Juni in Württemberg-Baden 50 Betriebe Anträge auf Massenentlassungen gestellt haben, durch die 2000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Arbeitsministerium sagt ganz offen, es handle sich nicht mehr um einen Reinigungsprozeß, von des-

sen segensreichen Wirkungen in den letzten Monaten so viel zu hören war, sondern dieser habe einer beginnenden allgemeinen Krise Platz gemacht.

Man braucht deswegen nicht zu verzweifeln. Es bedarf nur der Belebung des arg vernachlässigten Baumarktes, um die gesamte Wirtschaft wieder in gesunde Bahnen zu lenken. Hoffentlich sorgt die kommende Bundesregierung dafür, daß dieses Problem nicht nur beschwätzt, sondern durch praktische Taten gelöst wird.

Beschäftigte Flüchtlinge in Hessen

Wiesbaden (VWD). Im Landesarbeitsamtsbezirk Hessen standen Ende Juni 1949 insgesamt 172 547 Flüchtlinge, davon 130 889 Männer und 51 658 Frauen, in einem Arbeitsverhältnis. Das sind 26,3 Prozent aller in Hessen ansässigen Flüchtlinge. Gegenüber Ende März 1949 hat sich der Beschäftigtenstand um 1419 Personen erhöht, ohne aber den Beschäftigungsrückgang von 8676 im ersten Vierteljahr 1949, der durch den Konjunkturrücklauf ausgelöst wurde, aufzuholen.

150 000 Amerikaner in Oberammergau angemeldet

München (VWD). 150 000 Amerikaner haben sich nach Bekanntgabe der Fremdenverkehrsabteilung beim bayerischen Wirtschaftsministerium bisher zum Besuch der Passionsspiele in Oberammergau im Jahre 1950 angemeldet.

Eigenartiges Eheidyll

„Zärtlichkeiten“ mit der Axt kosten 9 Monate Gefängnis

Wiesbaden (SWK). Ein recht eigenartiges Eheidyll führte ein 70-jähriger Ehepaar, von welchem der weibliche Teil jetzt vor dem Richter stand. Die „zärtliche“ Gattin hatte nämlich ihren immerhin ebenfalls hochbetagten Ehemann zunächst mit Nachgeschirren bombardiert, dann zum Hammer gegriffen, schließlich eine Axt zu Hilfe genommen und so lange auf ihn eingeschlagen, bis er blutüberströmt zusammenbrach. In ähnlicher Form hatte sich die Ehe, die bereits 1906 geschlossen wurde, schon immer abgespielt, wodurch aber die Liebe keinesfalls eine Einbuße erlitt. Zwei Jahre nach der Eheschließung stand der Mann vor dem Richter, weil er seine Frau zum Fenster heraus geworfen hatte. Wieder zwei Jahre später zerschlug die Frau eine Bratpfanne auf dem Kopf ihres Mannes, was wiederum der Richter unangenehm vermerkte. 1919 zogen die beiden dann doch vor, sich scheiden zu lassen, um dann allerdings, als sie nahe an die 70 gekommen waren, erneut zu heiraten. Und mit den „Zärtlichkeiten“ stiegen auch wieder die unvermeidlichen Zwischenfälle, die die Frau jetzt erneut vor den Richter brachte. Aber die Liebe ist immer noch nicht erloschen, denn der Ehemann bat den Richter, seine Frau doch nur ja schonend zu behandeln, da sie es nicht böse gemeint habe. Sie sei sonst immer sehr zärtlich und wenn sie aus dem Gefängnis komme, werde er erneut mit ihr zusammenleben.

Südwestdeutsche Nachrichten

Verkehrsunfälle in Karlsruhe

Karlsruhe (SWK). Auf der Durlacher Allee überholte ein Radfahrer eine Zugmaschine mit zwei Anhängern, streifte hierbei einen Bordstein und fiel unter ein Vorderrad des Anhängers. Der Radfahrer erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Infolge unverhältnißmäßig schnellenfahrens stieß an der Schwarzwaldstraße ein Radfahrer mit einem Lieferdreirad zusammen. Der Radfahrer wurde erheblich verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Polizei fahndet immer noch vergeblich nach den Mannheim Autobändlern

Mannheim (SWK). Nachdem sich herausgestellt hat, daß die seinerzeit von einem Teil der Presse gemeldete Verhaftung des 37-jährigen Erich Kühn in Berlin auf Selbstbeziehung beruhte und Kühn an der Tat nicht beteiligt gewesen sein kann, fahndet die Polizei bis heute immer noch vergeblich nach den Tätern des sensationellen Raubüberfalls vom 9. Juni, bei dem aus einem Postauto 160 000 DM geraubt wurden. Zwar werden nach wie vor mit Energie bestimmte Spuren verfolgt, jedoch ist diese Verfolgung bis dato ergebnislos. Die Oberpostdirektion hat nunmehr von sich aus eine Belohnung von 3000 DM ausgesetzt für Angaben, die zur Ergreifung der Täter führen.

Blutiges Ende einer Familientragödie

Ebersbach (SWK). Auf Grund familiärer Verhältnisse warf sich dieser Tage ein Kolonialwarenhändler aus Oberelbach mit seinem einjährigen Söhnchen vor einen Zug. Die Frau wurde gegen Morgen im Walde umherirrend gefunden.

Zusammenstoß auf der Autobahn

Heidelberg (SWK). Ein amerikanischer Jeep stieß auf der Autobahn Mannheim-Heidelberg mit dem Anhänger eines Lastzuges zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Personen aus dem Jeep geschleudert, ein mitfahrendes Mädchen getötet und zwei amerikanische Soldaten schwer verletzt.

Stahltabernakel aus Kirche gerast

Ludwigshafen (SWK). In Priesenheim drangen in der Nacht Einbrecher in die Notkirche ein und demontierten aus dem Altar den zwei Zentner schweren Stahltabernakel, in dem sich die Meßgeräte befanden. Die Verbrecher konnten mit dem schweren Tabernakel unbeteiligt entkommen.

Prälat Kreuzt beigesetzt

Freiburg. Unter außerordentlicher großer Beteiligung wurde der Präsident des deutschen Caritasverbandes, Prälat Dr. Benedikt Kreuzt, beigesetzt. Mit der vorläufigen Leitung des Caritasverbandes wurde Prälat Dr. Franz Müller (Köln) beauftragt.

Oberndorf renoviert seinen Marktbrunnen

(L.A.) Oberndorf a.N. (Eig. Meldung). Zugunsten der Renovierung des historischen Marktbrunnens in Oberndorf-Neckar spielten die städt. Beamten gegen die Oberndorfer Feuerwehr. Aus sonstigen Nebenspielen wurden zusammen nahezu 370.— DM erzielt. Nun hat auch eine Privatfirma einen schönen Beitrag zugunsten des Marktbrunnens gestiftet, so daß die Arbeiten bald beginnen können.

Ein zwölfjähriger Ladendieb

Friedrichsfeld (SWK). Hier wurde ein 12-jähriger Schüler festgenommen, der aus einem Lebensmittelgeschäft eine Geldmappe mit 650 DM Inhalt gestohlen hatte. Neben diesem Diebstahl, bei dem der Junge erwischt worden war, gestand er beim Verhör vor der Polizei noch weitere sechs Diebstähle aus den Kassen anderer Geschäfte.

Gräßlicher Tod unter der Straßenbahn

München (SWK). Ein 51-jähriger Arbeiter geriet am späten Abend aus nicht feststellbaren Gründen unter den Anhänger einer Straßenbahn, ohne daß weder das Fahrpersonal noch die Fahrgäste den Unfall bemerkten. Erst nach 10 Minuten Fahrzeit machten Passanten den Fahrer des Motorwagens darauf aufmerksam, daß unter dem Anhänger ein blutiger Körper mitgeschleift wurde. Der Bedauernswerte wurde furchtbar verstümmelt und fast unkenntlich von der Feuerwehr tot geborgen.

Gefängnis für rohe Kindsmutter

Stuttgart (Eigene Meldung). In einer Mainacht dieses Jahres fand man im Stuttgarter Bahnhofsgelände ein neugeborenes halb ausgeblutetes Kind auf dem Boden in einer Regenpfütze liegen. Dank einer sofort vorgenommenen Bluttransfusion konnte es am Leben erhalten werden. Kurz zuvor hatte ein junges Mädchen, das eine Fischvergiftung vortäuschte, die Hilfe der Sanitätswache in Anspruch genommen. So kam es, daß man schon wenige Stunden später die Mutter des Kindes auffindig machen und festnehmen konnte. Jetzt hatte sich die 20 Jahre alte Eleonore H. wegen versuchter Kindstötung vor dem Stuttgarter Schwurgericht zu verantworten. Wie die Verhandlung ergab, war die Angeklagte bereits mit 14 Jahren in die Fürsorgeverrichtung gekommen. Später betätigte sie sich als Prostituierte. Nach dem ärztlichen Gutachten ist die Angeklagte nur beschränkt zurechnungsfähig. Das Schwurgericht billigte ihr mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu sechs Monaten Gefängnis.

Neuartige Prothese

Tuttlingen. — Dem Mechanikermeister Ernst Huber ist die Konstruktion einer neuartigen Prothese für Unterschenkelamputierte gelungen, deren Vorteil darin besteht, daß durch eine Schienenverlagerung die natürlichen Bewegungen beim Gehen und Sitzen erzielt und die Beuge- und Würge-Druckstellen der bisherigen Kugellagergelenke vermieden werden.